

JETZT HANDELN! DAS GLOBALE FINANZWESEN REGULIEREN!

Wir brauchen feste Regeln, um dem rücksichtslosen Treiben der Finanzjongleure ein Ende zu bereiten, und einen neuen Rahmen, der stärker das Gemeininteresse berücksichtigt. Die Finanzkrise hat sich zu einer schweren sozialen und wirtschaftlichen Krise ausgeweitet. Nahezu 23 Millionen Menschen in Europa sind arbeitslos. Bei der aktuellen Krise handelt es sich jedoch nicht um einen herkömmlichen konjunkturellen Abschwung, sondern um einen durch eine neoliberale Ideologie verursachten Crash eines unregulierten Finanzmarktsystems, welches langfristigen Investitionen, Arbeitsplätzen, Löhnen und Umwelt, ja dem Wohlergehen der gesamten Gesellschaft nachhaltig geschadet hat. Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität sollten als globale Grundwerte gelten. Wir müssen für mehr Demokratie, Transparenz und Rechenschaftspflicht bei den für die Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzbranche zuständigen Institutionen sorgen. Vom Finanzsystem haben wir ganz klare Vorstellungen: Wir fordern gut funktionierende und effiziente Finanzmärkte, die in der Lage sind, durch langfristige, umweltfreundliche und arbeitsplatzschaffende Investitionen einen Beitrag zur weltweiten Entwicklung zu leisten.



Joseph Stiglitz, Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften:

„Den Finanzmärkten müssen die Flügel gestutzt werden, jedoch wollen wir den Teil des Finanzsystems ausweiten, der Kapital für produktive Investitionen bereitstellt. Dem Spekulantentum ist weniger Raum zu geben.“

MACH MIT!



JOIN THE CAMPAIGN! www.europeansforfinancialreform.org

REGULATE GLOBAL FINANCE NOW!





**WIR FORDERN:
KONTROLLE DER BONUSZAHLUNGEN UND VERGÜTUNGEN
FÜR VORSTÄNDE UND ANTEILSEIGNERINNEN**

Die Kultur hoher Bonuszahlungen hat zu riskanten Geschäften verleitet, sich schädlich auf die gesamte Wirtschaft ausgewirkt und die soziale Ungleichheit weiter verschärft. **Für Vergütungsregelungen muss es gesetzliche Vorschriften geben, um der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Leistung Rechnung zu tragen**, diese langfristig weiter zu fördern und den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, Gewinne in die produktiven und beschäftigungswirksamen Tätigkeiten fließen zu lassen. **Die Löhne von ManagerInnen und HändlerInnen sollten vernünftige Obergrenzen haben**, die sich an dem Lohnniveau der arbeitenden Bevölkerung orientieren und von verantwortungsvollem Handeln abhängen. **Bonuszahlungen und andere leistungsabhängige Arten der Vergütung dürften erst mit einer Verzögerung von fünf Jahren ausgeschüttet werden**. Nicht zuletzt muss verhindert werden, dass AnteilseignerInnen zu Wachstumszeiten durch Dividendenzahlungen und Aktienrückkaufprogramme die Unternehmensgewinne abschöpfen und deshalb in Zeiten einer rückläufigen konjunkturellen Entwicklung die Kapitalausstattung zu gering ist.

MIT DEN BONUSZAHLUNGEN IN HÖHE VON 24 MILLIARDEN EURO, DIE MANAGER DER NEUN GRÖSSTEN US-AMERIKANISCHEN (AUSNAHMSLOS AUF KOSTEN DER STEUERZAHLER GERETTETEN) BANKEN 2008 ERHIELTEN, KÖNNTE DER BILDUNGSBEDARF DER 68 ÄRMSTEN LÄNDER DER WELT DREI JAHRE LANG GEDECKT WERDEN.



**WIR FORDERN:
REGULIERUNG SPEKULATIVER FONDS WIE HEDGEFONDS
UND PRIVATE-EQUITY-FONDS. WIR ERWARTEN
EINE UMFASSENDE, WEITREICHENDE UND WIRKSAME
REGULIERUNG - UND ZWAR SOFORT!**



Finanzinstitutionen, die das „Schattenbanksystem“ bilden, erschufen eine Spielhölle riesigen Ausmaßes. In diesem Umfeld gedeihen fernab jeglicher Regulierung Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds. **In den kommenden Monaten werden die europäischen Staats- und Regierungschefs über die Zukunft unseres Finanzsystems entscheiden müssen, speziell über die Zukunft von Hedge Fonds und Private Equity**. Im April 2009 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Rechtsvorschrift zur Regulierung von Hedge Fonds und Private Equity vor, die sogenannte Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Richtlinie). Nunmehr müssen die europäischen Regierungen und die Mitglieder des Europäischen Parlaments entscheiden, ob eine effektive Regulierung spekulativer Fonds eingeführt werden soll oder nicht.



**WIR FORDERN:
EINFÜHRUNG EINER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER**

Um die gegenwärtige Krise zu bewältigen, haben Regierungen rund um den Globus die Volkswirtschaften und die Arbeitsplätze mit Steuergeldern stabilisiert und geschützt. Viele BürgerInnen fragen sich: Wem wird dafür die Rechnung präsentiert? Werden nur die ArbeitnehmerInnen zur Kasse gebeten, oder werden die Finanzmärkte und die Investmentbanker ebenfalls dafür geradestehen und einen Teil der Lasten übernehmen? **Die Einführung einer Steuer für den Finanzsektor wäre nur gerecht**. Außerdem würden dadurch die Einkünfte des Staates erhöht, die so dringend benötigt werden, um den Übergang zu integrativeren, gerechteren und umweltfreundlicheren Gesellschaften zu unterstützen. **Während rein spekulativen und gesellschaftlich nutzlosen Aktivitäten das Wasser abgegraben würde, erhielten die nachhaltigen und langfristigen Investitionen, die für die Ökologisierung unserer Volkswirtschaften gebraucht werden, durch eine Finanztransaktionssteuer den erforderlichen Schub**. Und nicht zuletzt könnten durch eine globale Finanztransaktionssteuer von 0,05 Prozent jährlich Einnahmen in Höhe von rund einem Prozent des nominalen Welt-Bruttoinlandsproduktes erzielt werden, die für langfristige öffentliche Investitionen sowie zur Finanzierung der globalen Entwicklung und des Klimawandels eingesetzt werden können. **Nur durch solche Maßnahmen kann die Solidarität auf globaler Ebene verbessert werden**.

MIT EINER WELTWEIT ERHOBENEN FINANZTRANSAKTIONSSTEUER IN HÖHE VON 0,05 PROZENT KÖNNTEN EINNAHMEN ERWIRTSCHAFTET WERDEN, DIE MEHR ALS EINEM PROZENT DES GLOBALEN NOMINALEN BIP PRO JAHR ENTSPRECHEN. MIT EINEM ZUSÄTZLICHEN FINANZIELLEN ANREIZ VON EINEM PROZENT KÖNNTEN ALLEIN IN EUROPA ZWEI BIS DREI MILLIONEN ARBEITSPLÄTZE GESCHAFFEN WERDEN.



**WIR FORDERN:
SCHLISSUNG VON STEUEROASEN**

Die BürgerInnen zahlen Steuern, Unternehmen, darunter mit Steuergeldern gerettete Finanzinstitute, beschäftigen die besten Wirtschaftsprüfer, um Steuerzahlungen zu vermeiden, indem sie Steueroasen nutzen. Ein Fondsmanager gab freimütig zu, er zahle weniger Steuern als seine Haushälterin! Das ist ungerecht und nicht hinnehmbar. Steueroasen begünstigen zudem Kapitalflucht und Steuerhinterziehung, speziell in Entwicklungsländern. Die entgangenen Einnahmen könnten dazu beitragen, die Lücken im Staatshaushalt zu stopfen und zehntausende Arbeitsplätze zu schaffen. Wir wollen die Rechtsprechung zu Steueroasen, Offshore-Finanzzentren (OFZ) und zum Bankgeheimnis in Einklang mit internationalen Normen bringen. **Die automatische Auskunftserteilung, ein geeignetes multilaterales Abkommen und strenge Sanktionen gegen Gebiete und Nutzer, die gegen die Bestimmungen verstoßen, sind von entscheidender Bedeutung, um dieses Problem ernsthaft anzugehen**.



**WIR FORDERN:
SCHUTZ DER VERBRAUCHERINNEN VOR HOCHRISKANTEN
FINANZPRODUKTEN UND RÄUBERISCHEN DARLEHEN**



Die Krise hat gezeigt, dass hochriskante Finanzprodukte zur Ausbreitung eines ökonomischen Virus führen können, der verheerende wirtschaftliche und soziale Folgen mit sich bringt. Die BürgerInnen müssen vor hochriskanten Finanzprodukten und irreführenden Darlehenspraktiken in gleicher Weise geschützt werden, weshalb eine VerbraucherInnenschutzstelle für den Finanzbereich eingerichtet werden muss. Zudem muss die Beratung von BankkundInnen bestimmten Qualitätsanforderungen entsprechen.



**WIR FORDERN:
DEMOKRATISIERUNG DES FINANZWESENS**

Wir können es nicht länger zulassen, dass Zentralbanker und LobbyistInnen aus der Wirtschaft allein über Regulierungsvorschriften und Bilanzierungsstandards entscheiden. SozialpartnerInnen und Organisationen der Zivilgesellschaft müssen im Entscheidungsprozess ein viel stärkeres Mitspracherecht haben! Auf europäischer Ebene müssen Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft im Europäischen Ausschuss für Systemrisiken sowie in den europäischen Aufsichtsorganen vertreten sein.

Internationale Institutionen wie der Rat für Finanzstabilität (FSB) oder der Internationale Währungsfonds (IWF) sollen Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften einen beratenden Status zubilligen. FSB und IWF sollen ihre Berichtsentwürfe auf ihren Websites veröffentlichen, und damit für mehr Transparenz sorgen.

DEN STEUERBEHÖRDEN ENTGEHEN JAHR FÜR JAHR EINNAHMEN IN HÖHE VON 180 MILLIARDEN EURO, DIE IN STEUEROASEN TRANSFERIERT WERDEN: DIES ENTSPRICHT DEM FÜNFACHEN DESSEN, WAS ZUR FINANZIERUNG DES MILLENNIUMENTWICKLUNGSZIELS „BESEITIGUNG DER ARMUT“ GEBRAUCHT WIRD.